

Rede zur Einbringung des Nürnberger Stadthaushalts 2025



Referent für Finanzen, Personal und IT,
Stadtkämmerer Thorsten Brehm

Foto: Ludwig Olah

Hinweis: Die Haushaltsrede ist ausschließlich in Kombination mit dem zugehörigen Foliensatz zu verwenden. Es gilt das gesprochene Wort.

Die Folien finden sich in einem kleinen Format an den entsprechenden Stellen im Text und nochmals im Großformat für das Detailstudium am Ende des Texts der Haushaltrede.

Haushaltsplanentwurf 2025: Verlässlichkeit und Stabilität in unruhigen Zeiten



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats,
Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

ich gestehe, dass ich mich in diesem Jahr ungewohnt schwer tue, einen passenden Einstieg in meine Rede

zur Haushaltsplaneinbringung zu finden. Es ist in diesen Tagen en vogue, sich Reden ganz oder zumindest Bausteine davon von der künstlichen Intelligenz schreiben zu lassen. Ich habe es versucht, aber die Ergebnisse waren nicht besonders geistreich. Deswegen bleibt heute nur der Rückgriff auf die natürliche Intelligenz und der Versuch zu beschreiben, was mich derzeit umtreibt.

Damit meine ich noch gar nicht die Haushaltseckwerte, auf die ich später zu sprechen komme und die unsere Stadtpolitik in Zahlen gießen soll. Es ist vielmehr diese gesamtgesellschaftliche Unruhe und Unzufriedenheit, die es gibt, obwohl die Mehrheit in unserem Land bezogen auf die eigene Person durchaus positiv in die Zukunft schaut. Ich kann die Ursache für diese Entwicklungen nur bedingt errahnen und greifen, deren politische Folgen kann man dafür sehr konkret sehen.

- Die jüngsten Wahlergebnisse in Ostdeutschland haben bedenkliche Ergebnisse produziert. Parteien, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, haben stark zugelegt. Stabile Koalitionsbildungen gestalten sich aufgrund der Mehrheitsverhältnisse schwierig. Dort muss nun zusammenwachsen, was politisch eigentlich nicht zusammengehört.

- Beim Blick in die Hauptstadt verzweifelt man in Teilen ebenfalls. Gerade als Kämmerer fällt mir viel ein, zu den befremdlichen Debatten um den Bundeshaushalt, nachdem das Bundesverfassungsgericht eingeschritten ist. Der Zank will seitdem kein so richtiges Ende finden.

- Nachdem ich viel mit der Bahn unterwegs bin, könnte ich ihnen auch viel von meinen abenteuerlichen Erfahrungen mit der deutschen Schieneninfrastruktur erzählen, aber auch von meiner politischen Verzweiflung darüber, warum ein dogmatisches Festhalten an einer starren Schuldenbremse wichtiger ist als die Sanierung der eigenen Infrastruktur. Wir leben seit vielen Jahren von der Substanz. Das tut auch dem Wirtschaftsstandort nicht gut. Viele regen sich darüber auf, aber zum politischen Befreiungsschlag kann man sich nicht durchringen.

- Nun stürzte letzte Woche in Dresden auch noch eine wichtige Brücke ein. Dort bröckelt die Substanz buchstäblich unter den Füßen weg. Mich stimmt das nachdenklich.

Das alles wären für heute passende Aufhänger. Ich will in Anbetracht der Zeit aber vielleicht auf das Kernproblem kommen, das diese Punkte aus meiner Sicht verbindet.

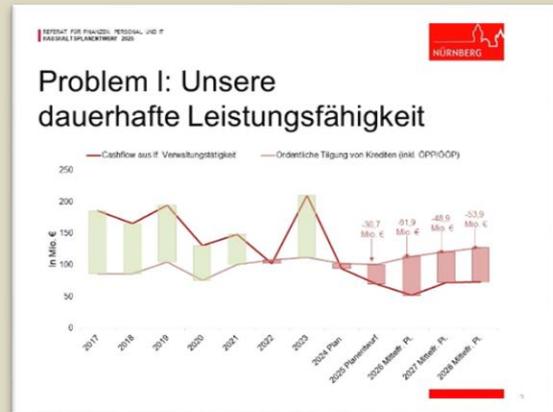
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich glaube, die meisten Menschen wollen einfach, dass Selbstverständlichkeiten wieder selbstverständlich sind und vor allem die Dinge des Alltags funktionieren. Der Haushalt soll nicht durch Gerichte (oder Aufsichtsbehörden) einkassiert werden und die Bahn soll pünktlich kommen. Sie wollen, dass Polizei und öffentliche Verwaltungen so aufgestellt sind, dass sie geltendes Recht umsetzen können und zum Beispiel Straffällige, die ihr Aufenthaltsrecht und Schutzrecht verspielt haben, auch wirklich abgeschoben werden. Das wäre wichtig, um glaubwürdig für eine offene Gesellschaft werben zu können, die ohne Zuwanderung in den nächsten Jahren wirtschaftlich nicht überleben kann.

Ich glaube, wir machen hier in Nürnberg vieles anders und besser und gestalten Politik weitsichtig. Wir investieren in ökologische Nachhaltigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Innovation. Gerade im letzten Jahr habe ich bei meiner Haushaltsrede diese großen Nachhaltigkeitsthemen herausgehoben. Aber auch für uns wird die Bewältigung unserer Kernaufgaben der Daseinsvorsorge immer herausfordernder, weil wir wie fast alle Kommunen unter der strukturellen Unterfinanzierung leiden. Uns fehlen die finanziellen und personellen Ressourcen, alles gleichzeitig bewältigen zu können. Und sie kennen die Erwartungshaltungen, mit denen wir konfrontiert sind: Man will seinen Pass in einer überschaubaren Zeit erneuert bekommen, sicher einen Kita-Platz für seine Kinder finden, seine Baugenehmigung möglichst schnell erhalten. Alles soll blitzblank sein, die öffentlichen Räume und die Schul Klos sowieso. Und Straßen sollen keine Buckelpisten sein, um nur einige Beispiele zu nennen. Es geht um die Säulen eines funktionierenden öffentlichen Diensts und nicht um die Girlanden. Es geht um Verlässlichkeit und Stabilität.

Ich habe versucht, in den zurückliegenden Monaten mit der Belastungsprognose 2032 einen Ausblick zu geben, wie sich der Stadthaushalt in den nächsten Jahren perspektivisch entwickeln wird, wenn wir alles umsetzen, was wir uns wünschen würden. Trotz der unterstellten Rekordergebnisse war dies kein positives Bild, das ich Ihnen zeichnen konnte. Sie werden heute sehen, dass sich diese Perspektive nicht verbessert und wir in den nächsten Jahren immer wieder aufs Neue miteinander für einen genehmigungsfähigen Haushalt werden arbeiten müssen.

Wir haben an dieser Stelle gleich zwei Herausforderungen:



1. Die laufenden Ausgaben sind im Verhältnis zu den Einnahmen zu hoch. Wir haben also schon im konsumtiven Bereich ein Problem, weil unsere dauerhafte Leistungsfähigkeit nicht mehr gesichert ist. Das gilt leider nicht nur für das nächste Jahr, sondern vor allem auch für die folgenden. Sie sehen in der Grafik, dass wir mit den jetzigen Planansätzen aus dem Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit nicht mehr in der Lage sein werden, unsere Tilgungen zu leisten.



2. Der Investitionshaushalt ist zudem viel zu groß. Sie sehen in der Grafik, wie dieser in den letzten Jahren anwuchs. Ich zweifle überhaupt nicht an der inhaltlichen Berechtigung unserer Projekte. Ich habe eben ja auf den Substanzverlust hingewiesen. Aber uns droht als Stadt eine Überforderung. Wenn im konsumtiven Bereich zu wenig Mittel für Investitionen übrigbleiben, führt das perspektivisch zu einer Nettoverschuldung auf Rekordhöhe. In den nächsten vier Jahren wären das nach aktueller Hochrechnung zusammen über 662 Millionen Euro. Wir müssen mittlerweile rund 100 Mio. Euro pro Jahr zum Tilgen der früheren Schulden aufbringen.

Fast 40 Mio. Euro an Zinsen fallen insgesamt an. Der Betrag würde dann noch einmal deutlich steigen.

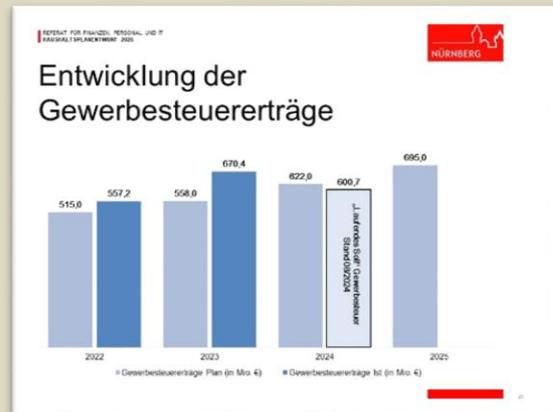
Aber schauen wir uns die Werte und Eckdaten Schritt für Schritt an. Beginnen wir mit der Ertragsseite: Wir rechnen mit Gesamterträgen von 2,5 Milliarden Euro, das sind 115,8 Mio. Euro mehr als im Vorjahr.



- Die Gewerbesteuer bleibt hierbei die wichtigste Position. Sehr wichtig ist auch noch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit rund 372 Mio. Euro. Nachdem die Bundesregierung hier eine Steuerentlastung auf den Weg gebracht hat, gehen wir hier mit leichten Mindereinnahmen ins Rennen. Wir werden uns das aber bei der Oktober-Steuerschätzung im Bund noch einmal sehr genau ansehen.
- Die Grundsteuer veranschlagen wir wieder mit knapp 125 Mio. Euro. Auch wenn diese aufgrund einer Reform ab dem nächsten Jahr neu berechnet wird, werden wir das für den Stadthaushalt insgesamt aufkommensneutral ausgestalten.
- Zudem bekommen wir wie immer auch nennenswerte Zuwendungen und Kostenerstattungen.

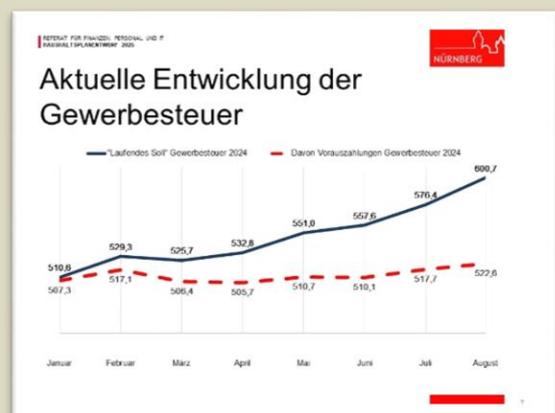


Werfen wir einen vertiefenden Blick auf die Gewerbesteuer.



Wir sind derzeit auf dem sehr erfreulichen Niveau des Vorjahres unterwegs, weshalb ich den Planansatz für nächstes Jahr auf 695 Mio. Euro angehoben habe. Das wäre noch einmal ein leichter Anstieg und ein erneuter Rekordwert. Von einem erneuten ganz großen Sprung nach oben können wir aber nicht ausgehen. Dafür gibt es keine Anzeichen, eher im Gegenteil:

- Die Wachstumsinitiative der Bundesregierung wird auch hier durch Steuervorteile für Unternehmen kleine Spuren hinterlassen.
- Außerdem habe ich Ihnen eine Grafik mitgebracht, die das laufende Soll der Gewerbesteuer in diesem Jahr zeigt. Sie sehen, dass die blaue Kurve mit den Gesamterträgen ordentlich ansteigt, die rote mit den Werten für das Steuerjahr 2024 aber eher eine Seitwärtsbewegung macht. Die Lücke zwischen beiden Kurven kommt durch Nachzahlungen auf zurückliegende Steuerjahre. Die Zahlungen für das Steuerjahr 2024 sind auf hohem Niveau, aber sie steigen nicht signifikant. Die rote Kurve stieg im letzten Jahr deutlich schneller an. Und daraus schließe ich, dass die Gewerbesteuer in den nächsten Jahren eher eine Seitwärtsbewegung macht.



Übrigens: Diese blaue Kurve kann im Jahresverlauf auch wieder nach unten gehen, wie das nun in Erlangen der Fall war.

- Sie wissen zudem, dass wir im Städtevergleich überproportional zugelegt haben. Wir fallen hier positiv aus dem Rahmen. Die Schreckensnachrichten, die die Nachbarn in Erlangen in den letzten Wochen ereilt haben, sind in deren Balken natürlich noch nicht eingepreist.



An dieser Stelle muss ich Ihnen noch von einem anderen Problem erzählen: Unsere überproportionalen Zuwächse in der Gewerbesteuer haben die Folge, dass unsere Wirtschafts- bzw. Umlagekraft relativ gesehen zu den Nachbarstädten und Landkreisen deutlich steigt. Das hat zur Folge, dass wir anteilig wohl etwas weniger an Zuweisungen bekommen und mehr an Umlagen zahlen werden müssen. Ich komme gleich bei der Bezirksumlage noch einmal darauf zurück. Das heißt vereinfacht gesagt, dass uns ein Teil der zusätzlichen Gewerbesteuereuros zeitversetzt auch wieder genommen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Erkenntnis aus dem Vorjahr gilt auch dieses Jahr: Unser Haushalt hängt vor allem an der Gewerbesteuer. Ich will an dieser Stelle deshalb allen Unternehmen und Arbeitnehmerinnen wie Arbeitnehmern danken, die diese mit ihrer Arbeit, ihrem Unternehmertum und ihrer Risikobereitschaft jeden Tags aufs Neue erwirtschaften.

Schauen wir uns deshalb gemeinsam die ordentlichen Aufwendungen an: 2,6 Milliarden und knapp 141 Mio. Euro mehr als im Vorjahr.



Den größten Posten machen wie immer die Transferaufwendungen aus. Hier stehen fast 1,1 Milliarden Euro im Haushalt. Die drei größten Positionen sind darin die Bezirksumlage, die gesetzlich und vertraglich festgelegten Art 1-Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen mit knapp 185 Millionen Euro und 153 Millionen Euro für laufende Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II.



Warum die von Nürnberg zu zahlende Bezirksumlage auf jeden Fall steigt, habe ich Ihnen gerade schon erläutert. Uns hat der Bezirkskämmerer zudem darüber informiert, dass es Überlegungen gibt, die Bezirksumlage von 23,55% um mindestens einen Prozentpunkt auf 24,55% zur Deckung des Defizits im Bezirkshaushalt anzuheben. Das ist ein offenes Risiko, das ich in diesem Planentwurf nicht berücksichtigt habe. Noch sind wir in Gesprächen mit dem Bezirkstag. Aber hier drohen für uns noch einmal zusätzliche Belastungen, die wir vielleicht im November noch mit aufnehmen müssen. Dieses Jahr bezahlen wir 233,6 Mio. Euro, nächstes Jahr mindestens 24 Mio. Euro mehr, wenn die Erhöhung der Umlage käme, sogar 35 Mio. Euro mehr.

In den letzten Jahren stiegen die Personalaufwendungen aufgrund der hohen Tarifabschlüsse deutlich. Auch nächstes Jahr werden sie noch einmal spürbar steigen, weil die aktuelle Entgelttabelle Ende des Jahres ausläuft. Wir werden sehen, welches Ergebnis die Verhandlungen bringen werden. Ich hoffe auf eine Zurückhaltung der Gewerkschaften, damit der Konsolidierungsdruck in den Kommunen nicht weiter steigt. Aber auch die Stellenbedarfe, über die wir verwaltungsintern diskutieren, sind wieder groß. Das hat vor allem drei Gründe, die sich teilweise aber bedingen:



1. Wir werden geflutet mit neuen Gesetzen und Gesetzesänderungen, die wir zu vollziehen haben. Letztes Jahr war es die Wohngeldstelle, die wuchtige Unterstützung bekam, jetzt ist es das Amt für Migration und Integration, das dringend zusätzliche Planstellen braucht.

2. Die Stadt ist gewachsen, was auch zu Fallzahlsteigerungen führt. So muss zum Beispiel auch die Feuerwehr personell deutlich aufstocken. Bei den Kitas ist das ohnehin ein Dauerthema.

3. Die vielen Bauprojekte müssen geplant werden, gerade im Mobilitätsbereich fordert uns das. Und wenn neue Einrichtungen wie das Volksbad dann eröffnen, braucht es neue Bademeister.

Die steigenden Personalaufwendungen sind für uns ein echtes Problem, eine eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Kommune aber ebenso. Ich habe es eingangs ja erwähnt. Das auszubalancieren, wird uns in den nächsten Wochen noch zahlreiche Gespräche kosten.

Ich bin darüber hinaus froh, dass bei dem Programm der „FlexiKonsolidierung“ alle mitgezogen haben und wir dann zum Jahreswechsel 2025/26 die 300 Planstellen einziehen können. Das ist kein angenehmer

Schritt, aber einer der hilft, die Steigerung an Personalkosten etwas zu verlangsamen. Es bleibt aber weiterhin ein schwieriger Prozess, auch die Aufgaben zu benennen, die dann eben dauerhaft wegfallen sollen. Da bleibe ich bei meiner Aussage: Wir können in den Bereichen mit weniger Personal nicht die gleiche Arbeitsbelastung tragen wie zuvor.

Ein wichtiger Ausgabenblock bleiben die Zuschüsse, die wir an Träger, Vereine und Initiativen überweisen. Deren Arbeit ist wichtig für unsere Stadtgesellschaft und den Fortschritt auf vielen Handlungsfeldern. Wir haben deshalb trotz der schwierigen Rahmenbedingungen die Zuschüsse um die Personalkostensteigerungen fortgeschrieben. Das Gesamtvolumen der Zuschüsse beträgt nun 315,3 Mio. Euro, davon sind 31,1 Millionen Euro für Art 5 Zuschüsse, also freiwillige Leistungen. Das sind 2,5 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

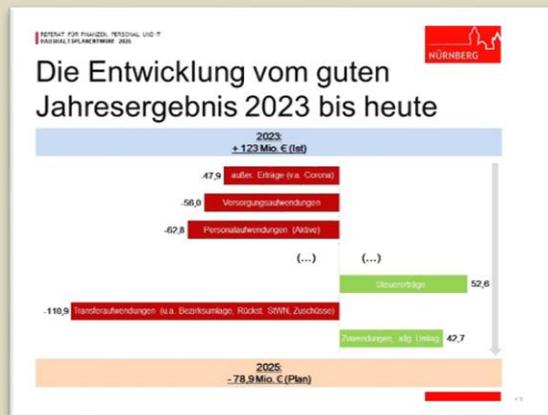


Ich war zu den freiwilligen Zuschüssen auch in einem engen und guten Austausch mit den zuständigen Fachreferentinnen und Fachreferenten. Und natürlich gibt es viele Wünsche von Organisationen, die Zuschüsse noch höher ausfallen zu lassen. Hier werden wir an der einen oder anderen Stelle noch nachsteuern müssen. Aber mir war wichtig, dass wir einige Positionen im Stadtrat besprechen, dabei Prioritäten klären und ich das nicht einfach verwaltungsseitig in den Haushaltsplan aufnehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Juli-Stadtratssitzung habe ich Ihnen unseren Jahresabschluss 2023 vorgestellt. Mit einem Ergebnis von 123,0 Mio. Euro schlossen wir besser ab als erwartet, unter anderem, weil die Gewerbesteuer sprunghaft angestiegen war. Der Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit stieg auf 210 Mio. Euro, was richtig gut war. Diese Kenngröße ist unser Maßstab für die städtische Fähigkeit, selbst Investitionen stemmen zu können.

Die Netto-Neuverschuldung betrug „nur“ 103,7 Mio. Euro. Leider haben diese Werte auch einige zu einer Fehleinschätzung unserer strukturellen Lage eingeladen. Ich will Ihnen deshalb aufzeigen, welche großen Positionen in der Ergebnisrechnung die Planwerte für 2025 deutlich schlechter ausfallen lassen als die Ist-Werte aus 2023.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe Ihnen eingangs schon gezeigt, welche Auswirkungen die Veränderungen auf unsere dauerhafte Leistungsfähigkeit haben. 2025 ist der Wert ein negativer von knapp 31 Mio. Euro, die uns fehlen. 2026 sind es sogar knapp 62 Mio. Euro. Wir erwirtschaften nach jetzigem Stand also nicht genug Geld für die Schuldentilgungen und müssen an die Reserven ran.

Als wir das letzte Mal in dieser Situation waren, hat Ihnen mein Vorgänger ein Konsolidierungspaket von 50 Millionen Euro vorgeschlagen, das vor allem durch einen Stellenabbau geprägt war. Ich halte weitere allgemeine Einschnitte in den Personalkörper nach dem „Rasenmäherprinzip“ derzeit für nicht vertretbar. Noch sind wir bei der Umsetzung des alten Sparprogramms nicht am Ende.

Das heißt aber natürlich nicht, dass wir uns nicht in einzelnen Bereichen noch einmal die Personalausstattung ansehen können. Das werden dann aber sehr spezifische Betrachtungen. Wir werden überdies nicht darum herumkommen, mit dieser eher düsteren mittelfristigen Perspektive anderweitige Maßnahmen zu ergreifen, die dauerhafte Leistungsfähigkeit wieder zu verbessern.

Ich will und muss auch in diesem Jahr ein paar Sätze zu den städtischen Töchtern sagen, die einen wesentlichen Beitrag für die Daseinsvorsorge in unserer Stadt leisten. Gerade beim Klinikum und den Städti-

schen Werken stehen wir vor großen Herausforderungen, weil auch dort viele dringende Investitionen anstehen.

Das Klinikum wird, obwohl es unter den gegebenen Rahmenbedingungen gut wirtschaftet, in den nächsten Jahren Defizite einfahren. So geht es derzeit fast allen Krankenhäusern. Den meisten geht es noch deutlich schlechter als unserem. Derzeit habe ich jährlich 10 Mio. Euro in den Haushalt zur Investitionsförderung eingestellt. Sofern die Krankenhausreformen auf Bundesebene nicht zu einer Trendumkehr führen, wird dieser Betrag bald nicht mehr reichen. Wir sind derzeit in sehr intensiven Gesprächen mit dem Klinikum und werden auch sie in einem geeigneten Format noch einmal ausführlicher über die Problemlage informieren. Es kann sein, dass wir hier noch bis zum November nachsteuern müssen.

Bei den Städtischen Werken stehen in den nächsten Jahren viele und große Investitionen für die Mobilitäts-, Energie- und Wärmewende an. Die Gewinne im Energiesektor reichen schon lange nicht mehr aus, um die Verluste im Verkehrssektor vollständig auszugleichen. Wir haben dafür in der Mittelfristigen Planung 2026 bis 2028 jeweils 30 Mio. Euro als Verlustausgleich eingestellt, die aber nicht ausreichen werden, um das Defizit gänzlich ausgleichen zu können. Auch hier müssen wir miteinander ins Gespräch kommen.

Ich glaube, dass die Städtischen Werke den größten Hebel für erfolgreichen Klimaschutz und CO₂-Einsparung haben. Einen größeren als wir in der Stadtverwaltung mit einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen. Ich halte es deshalb für viel zielführender, den Ausbau der Fernwärme zügig voranzutreiben als jedes städtische Gebäude auf den besten Energiestandard zu sanieren. Wenn wir diesen Weg miteinander gehen, dann funktioniert das nur mit Mittelumschichtungen. Für noch weitergehende Verschuldungen haben wir keine Spielräume. Ich komme später noch einmal darauf zurück.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenden wir uns nun den Investitionen zu. Ohne Zweifel: Wir müssen mehr für den Klimaschutz tun, unsere Infrastruktur weiter sanieren und ertüchtigen und in die Zukunft investieren. Gerade die Bauwerke aus den 70er Jahren bereiten uns jetzt Sorge und auch das Stadtwachstum erfordert ein Mitwachsen der Infrastruktur. Aber das Investitionsvolumen überfordert uns eben zunehmend, es steigt auf 2,3 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren.



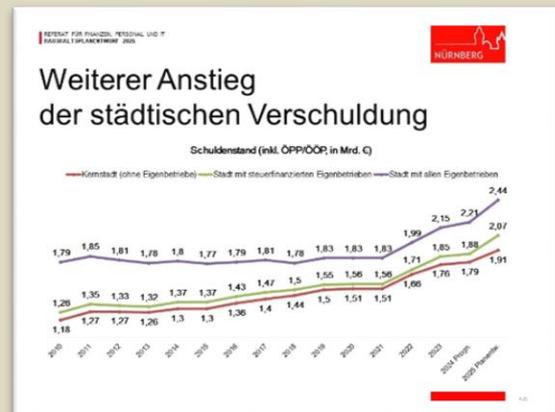
Hier sehen Sie den Vorschlag für den Mittelfristigen Investitionsplan bzw. die Übersicht, auf welche Bereiche sich dieser verteilt. Grundlage sind die Beschlüsse, die Sie unterjährig in den Fachausschüssen und im Rat getroffen haben. Der größte Bereich ist und bleibt der Schulbereich mit 576,4 Mio. Euro brutto, es folgt der Bereich Kultur und Freizeit mit 407,8 Mio. Euro. Die anderen Punkte sehen Sie auf der Folie hier.

Ich hatte in der Juli-Sitzung des Ältestenrats schon eine Modellrechnung mitgebracht, was wir rechnerisch an Eigenmitteln für Investitionen aufbringen und verkräften könnten.



Wir sehen, was im Cashflow übrigbleibt, und wir können uns in meinen Augen auch in einem vertretbaren Rahmen verschulden, nämlich auf der Höhe der Inflationsrate. Ich habe Ihnen diese Zahlen für 2025 nebeneinandergestellt. Die Werte klaffen leider meilenweit auseinander.

Die Netto-Neuverschuldung wird deshalb 2025 hoch ausfallen, ab 2026 dann ohne ein Gegensteuern ungeahnte Höhen von über 220 Millionen Euro erreichen.



Das bestätigt das Szenario, was ich Ihnen in der Belastungsprognose schon aufgezeigt habe. In den nächsten Jahren werden dann logischerweise nicht nur die Zinsaufwendungen steigen, sondern auch die zu erbringenden Tilgungsleistungen. Das heißt, dass sich mit jedem neuen Euro an Schulden auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit verschlechtert.

Ich muss Sie allerdings darauf hinweisen, dass in dieser MIP-Fortschreibung und den genannten Werten noch keine neuen Bauprojekte enthalten sind. Der MIP-Entwurf beinhaltet jetzt lediglich die alten Projekte mit aktualisierten Werten und Preisen. Hier machen sich in den Jahren 2026ff vor allem die aktualisierten Ausbauskosten des Frankenschnellwegs bemerkbar sowie die Kostensteigerungen bei der Opern-Ausweichspielstätte und die Ermöglichräume in der Kongresshalle. Sollte bei einem dieser Projekte die in Aussicht gestellte Förderquote nicht erfüllt werden, haben wir ein massives Problem. Zudem haben wir wie angekündigt erste Mittel für die Stadionplanung in den Haushalt aufgenommen. Weil wir diese später auf unser Eigenkapital anrechnen wollen, haben wir diese im MIP hinterlegt.

Bis zu den Etatberatungen im November drängen also noch weitere Projekte in den Haushalt, sofern für das jeweilige Projekt der project freeze wie geplant in der Oktober-Sitzung des Ältestenrats und Finanzausschusses erfolgen kann. Ich habe Ihnen eine kleine Auswahl bisher bekannter Projekte mitgebracht, die auf der sogenannten gelbgrünen Liste stehen. Alleine der notwendige Bau der Integrierten Leitstelle (ILS) in der Bamberger Straße wird mit über 134 Millionen Euro zu Buche schlagen. Eine Förderung gibt es dafür keine.

REPORT FÜR FINANZIELLE, PERSONAL UND IT MAßNAHMENPLANUNG 2020

Beispiele für Projekte in der MIP-Warteschlange

Maßnahme
Straßenbahnverlängerung Brunecker Straße
Straßenbahnverlängerung Minervastraße
Neubau Integrierte Leitstelle
Generalsanierung Ludwig-Uhland-Schule
BBZ-Sporthallen
Umgestaltung Breite Gasse
Steubenbrücke
diverse Kitas
diverse Grünflächen

Auf der Liste steht auch die Umgestaltung der Breiten Gasse, die ich gerne zum Anlass nehme, ein paar Worte zur Innenstadt zu verlieren: Es war der Wunsch des Stadtrats, dass wir den Kaufhof erwerben und damit eine aktive Rolle in der Entwicklung dieser zentralen Immobilie übernehmen. Dessen Leerstand tut weh und die Verwahrlosung des Umfelds auch. Deshalb habe ich den Zwischenerwerb unterstützt, auch wenn diese ungeplante Ausgabe natürlich Spielräume an anderer Stelle reduziert. Ein zeitnaher Weiterverkauf muss uns deshalb ein Anliegen sein, um diese Erlöse für andere wichtige Investitionsvorhaben einsetzen zu können.

Aus Ihrer Mitte gibt es zudem viele weitere Vorschläge zur Belegung, Aufwertung und Verschönerung der Innenstadt, die diese in Anbetracht der Entwicklung auch bitter nötig hat. Das beginnt mit dem Wunsch nach einer regelmäßigen Nassreinigung, geht weiter mit der Verschönerung der Breiten Gasse und Gelder für zusätzliche Aktivitäten zur Stärkung des Einzelhandels und zur Belegung insgesamt.

In Anbetracht der wirklich großen Herausforderung ist dieser politische Ideenwettbewerb richtig und wichtig. Wir werden bis zum November noch einen zentralen Topf zur Bespielung des Kaufhofs schaffen, aber auch einen Überblick über die Einnahmepotentiale schaffen müssen, die die Immobilie inklusive Parkhaus mit sich bringt. Wenn Sie für die Innenstadtentwicklung aber einen wirklich großen Wurf machen wollen und Ihre ganzen Ideen finanziert werden sollen, brauchen wir eine zusätzliche Einnahmequelle, die wir dann auch über die Städtebauförderung hebeln können. Jeder von uns eingebrachte Euro bringt ja mehrere Euro an Fördergeldern. Aber die Eigenmittel muss man eben erst einmal haben.

Ich halte es deshalb für zielführend, dass wir miteinander die Einführung einer Übernachtungssteuer prüfen und dazu mit der Staatsregierung ins Gespräch gehen. Diese Steuer gibt es bereits in vielen deutschen Städten, in Bayern wurde das den Kommunen leider per Gesetz untersagt, jetzt liegt das Thema vor dem Verfassungsgerichtshof. Wir könnten damit zusätzliche Einnahmen durch unsere Übernachtungsgäste erzielen und geschätzt rund 17,5 Mio. Euro generieren. Ein fairer Deal wird das für alle Beteiligten natürlich nur, wenn wir dann zusätzliches Geld für Maßnahmen in der Innenstadt platzieren. Wir könnten die Tourismusförderung auf ein neues Level hieven und Maßnahmen zur Verschönerung und Attraktivitätssteigerung der Innenstadt finanzieren. Hier denke ich ausdrücklich nicht nur an kleine und große Investitionen, sondern auch an Kultur- und Freizeitangebote. Ich fände diese Debatte lohnenswert und glaube, dass es gute Argumente für dieses Instrument gibt, mit denen man auch die Verantwortungsträger*innen in München überzeugen könnte. Bei Interesse können wir das gerne vertiefen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

insgesamt spitzt sich die städtische Haushaltslage deutlich zu. Wir sind damit in der Republik nicht alleine, man muss auch gar nicht in die Ferne schauen. Dass beim diesjährigen Haushalt sowohl in Fürth, Erlangen und Ansbach die Regierung von Mittelfranken interveniert und nicht sofort genehmigt hat, unterstreicht die Not in der kommunalen Familie.

Ich komme deshalb noch einmal auf das eingangs erwähnte Problem: Eigentlich ist unser MIP für die nächsten vier Jahre schon heute voll – ganz ohne neue Projekte. Das Grundinvestitionsbedürfnis in der Stadt ist groß. Aber neben all den Schulen, Kitas und dem Infrastrukturerhalt belasten die zahlreichen Großprojekte den Haushalt deutlich. Ich muss die vielen Projekte nicht noch einmal aufzählen.

Ohne ein Einnahmewunder gibt es spätestens ab 2026 überhaupt keinen finanziellen Spielraum mehr. Wenn noch etwas in den MIP soll, dann muss zwingend etwas anderes raus, zurückgestellt werden oder eine Kompensation zur Finanzierung gefunden werden. Und selbst dann wird es schwer. Ich rate deshalb dringend dazu, sich von ausgewählten Projekten bis auf weiteres zu verabschieden. Dort wo weitere Kostensteigerungen auf uns zukommen, müssen die betroffenen Projekte verkleinert werden.

Wir werden also auf diese Weise selbst einen schmerzhaften Beitrag leisten müssen, können darüber hinaus dieses strukturelle Problem aber auch nicht alleine in den Griff bekommen. Wir brauchen eine auskömmliche Finanzierung durch Bund und Land und ich habe Ihnen meine Kernforderungen zusammengetragen. Was bräuchte es jetzt?



1. Höhere Grundfinanzierung: Es braucht eine grundsätzliche und systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen jenseits von Förderprogrammen. Wir brauchen eine Erhöhung der Gewerbesteuerumlage und/oder der Umsatzsteueranteile zugunsten der Städte.

2. Einmalige Schuldenhilfe: Bund und Land müssen hier an einem Strang ziehen und dabei auch den Kommunen helfen, die sich über Investitionskredite verschuldet haben.

3. Konsolidierung von Förderprogrammen: Die derzeitigen Förderprogramme gehen vor Ort mit einem hohen bürokratischen Aufwand einher und zwingen uns häufig zu einer Veränderung der ursprünglichen Priorisierung. Es werden manchmal nicht die wichtigsten Projekte realisiert, sondern die mit der besten Förderkulisse. Zielführender wären offenere statt spezifische Förderprogramme und eine maximale Entbürokratisierung der Verfahren.

4. Kapital für Transformationsfinanzierung: In den nächsten Jahren müssen Milliarden in die Energie- und Wärmewende sowie den Ausbau des ÖPNV investiert werden. Schon heute reichen in vielen Städten die Gewinne der Energiesparte nicht mehr, um die Defizite der Verkehrsbetriebe auszugleichen. Das ist auch bei uns so. Ich sagte es bereits. Stadtwerke benötigen vor allem Eigenkapital, um auch Fremdkapital und Fördermittel aufnehmen zu können. Eine zusätzliche Versorgung mit Eigenkapital kann bisher wirtschaftlich nur durch die kommunalen Gesellschafter erfolgen.

Dies wird in Zukunft nicht mehr ausreichen. Deshalb wird es erforderlich sein, einen staatlich unterstützten „Energiewendefonds“ aufzubauen.

5. Reform der Schuldenbremse: Wenn nicht jetzt massiv mehr in die Infrastruktur des Landes investiert wird, hinterlassen wir den nachfolgenden Generationen ein kaputtgespartes Land, das dadurch jedes Jahr weiter an Wirtschaftskraft einbüßen wird. Deshalb ist hierfür eine Reform der Schuldenbremse auf Bundesebene unbedingt notwendig.

6. Erstattung der Lehrpersonalkosten: Bei den Etatberatungen 2023 war das im Rahmen der durch den Stadtrat beschlossenen „Einsparliste“ ein großes Thema: Es geht um die Übernahme der nicht gedeckten Lehrpersonalkosten durch den Freistaat. Das würde uns massiv helfen. Damals wurde in der städtischen Hochrechnung eine Übernahme von 50 Prozent unterstellt, die damals mit jährlichen Minderbelastungen von 30 Mio. Euro für die Stadt geschätzt wurden. Heute wäre dieser Betrag sicherlich noch höher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in Anbetracht der kritischen Situation habe ich aber natürlich neben großer Zurückhaltung bei den Budgetverhandlungen auch einige strukturelle Maßnahmen ergriffen, um Ihnen ein paar zusätzliche Spielräume zu schaffen:

1. In den zurückliegenden Jahren haben wir im Jahresabschluss häufig besser abgeschnitten als gedacht, auch weil zu viele Mittel für Baumaßnahmen nicht abgeflossen sind. Ich habe mich deshalb bei diesem Haushaltsplan erstmals dazu entschlossen, diesem Umstand und Erfahrungswert Rechnung zu tragen und für das Jahr 2025 pauschal 90 Millionen Euro an Investitionsvolumen abzuziehen und auf die Folgejahre zu verteilen. Ich halte das für einen vertretbaren Schritt, weil er die Lebenswirklichkeit des Haushalts auch besser abbildet. Würde ich das nicht tun, wäre im nächsten Jahr die rechnerische Nettoneuverschuldung noch einmal höher ausgefallen.

2. Wir haben bei der Überarbeitung der Baurichtlinien dafür gesorgt, dass zukünftig weniger neue Projekte aufgenommen werden und Personal- und Finanzressourcen gemeinsam und miteinander betrachtet werden. Wir brauchen keine Planungen beginnen, wenn absehbar die Mittel fehlen, das Projekt zu realisieren. Wir werden außerdem zukünftig viel früher auch erste Eckdaten zu den Folgekosten bei Betrieb und Personal abverlangen, um diese bei den politischen Entscheidungsfindungen berücksichtigen zu können.

3. Wir können aufgrund einer Gesetzesänderung alte Kreditermächtigungen noch länger nutzen. Ich habe das in der Juli-Sitzung des Ältestenrats und Finanzausschusses erläutert und verweise heute für Detailinteressierte gerne auf den Mitschnitt der Sitzung. Ich kann – vereinfacht gesagt – die Aufnahme neuer Kredite nun auch deutlich später machen. Das führt dazu, dass in diesem Haushaltsjahr 2024 die Netto-Neuverschuldung „nur“ um rund 25 Mio. Euro wegen dem ÖPP-Schulprojekt Maiacher Straße steigt. Stattdessen habe ich unseren Finanzmittelbestand auf dem Konto massiv abgebaut. Das habe ich übrigens so weit getan, dass wir bis zum letzten größeren Steuertermin kurzzeitig sogar Kassenkredite zur Überbrückung aufnehmen mussten. Der bildliche Geldspeicher ist also mittlerweile ziemlich leer. Wir gingen heute allerdings zur Umschuldung alter Kredite noch einmal an den Markt. Bei weiter ordentlich sprudelnden Steuererträgen könnte dieser einmalige Schachzug aber wie beschrieben klappen. Warum der ganze Umstand? Wir sparen damit für ein Jahr Zinsen auf rund 75 Mio. Euro. Bei 3,5 Prozent kommt da ein bisschen was zusammen.

Ich bin sehr dankbar, dass der Oberbürgermeister und die ganze Referentenrunde diesen Ansatz unterstützen. Und ich will das heute auch zum Anlass nehmen, mich ganz grundsätzlich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu bedanken.

Herzlich bedanken möchte ich mich auch wieder bei meinem Team im Referat und der Kämmerei, das einfach grandios eingespielt ist und dem fachlich niemand etwas vormacht.

Auf dieser Folie habe ich Ihnen die aktuelle Hochrechnung für die wichtigen Haushaltskennzahlen zusammengetragen.

REFERAT FÜR FINANZEN, PERSONAL UND IT
HAUSHALTSPLANUNGSDIENST 2024

Mittelfristige Haushaltskennzahlen in Mio. €

	2025	2026	2027	2028
Jahresüberschuss/- Fehlbetrag (-)	-78,9	-87,5	-87,9	-91,4
Saldo laufende Verwaltungstätigkeit (Finanzhaushalt)	69,5	51,8	72,3	73,2
Dauerhafte Leistungsfähigkeit*	-30,7	-61,9	-48,9	-53,9
Nettoneuverschuldung	99,8	221,4	223,8	117,9

* Differenz Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit und Tilgung von Krediten und kreditähnlicher Rechtsbeziehungen

Sie sehen hier die eingangs erläuterten zwei Kernprobleme noch einmal sehr deutlich:

1. Das Verhältnis von laufenden Einnahmen zu laufenden Ausgaben ist zu schlecht.

2. Auch deswegen fehlen uns die Eigenmittel für die Investitionen. Die Netto-Neuverschuldung stieg dementsprechend deutlich an.

Die Folgen sieht man dann auch in der Ergebnisrechnung: Das prognostizierte Jahresergebnis beläuft sich auf einen Fehlbetrag von 78,9 Mio. Euro. Glücklicherweise haben wir noch eine ordentliche Ergebnissrücklage. Als Fazit bleibt mir:

- Ich werde noch einmal alle Steine umdrehen und schauen, ob wir verwaltungsseitig noch Dinge schieben können. Auch will ich versuchen, die noch offenen Risiken beherrschbarer zu machen.

- Sie müssen aber auch mithelfen, damit wir gemeinsam die Genehmigungsfähigkeit herstellen und auch eine entsprechende Perspektive über das Haushaltsjahr 2025 hinaus schaffen. Wir brauchen klare Prioritäten und Eingriffe in den MIP.

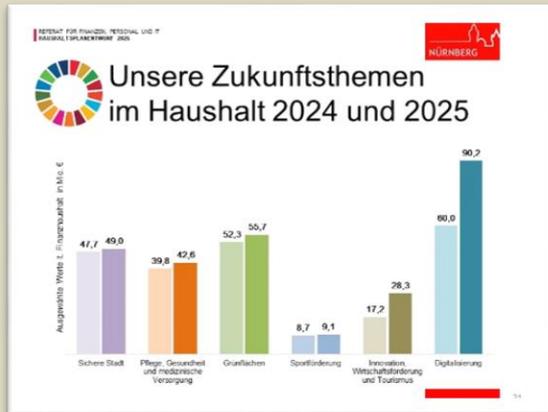
- Und wir müssen miteinander insgesamt die Erwartungshaltungen bei den freiwilligen Aufgaben senken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum Abschluss aber noch etwas Positives für Ihre Argumentation draußen: Ich hatte eingangs schon erwähnt, dass dieser Haushalt voll von Projekten ist für ökologische Nachhaltigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Innovation.



Und ich will Ihnen für das Jahr 2025 auch gerne noch einmal zeigen, dass wir viele Bereiche weiter stärken. Diese Zahlen unterstreichen noch einmal, dass wir klare Schwerpunkte auf wichtige Zukunftsthemen und die Bereiche setzen, die den Menschen in unserer Stadt wichtig sind.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

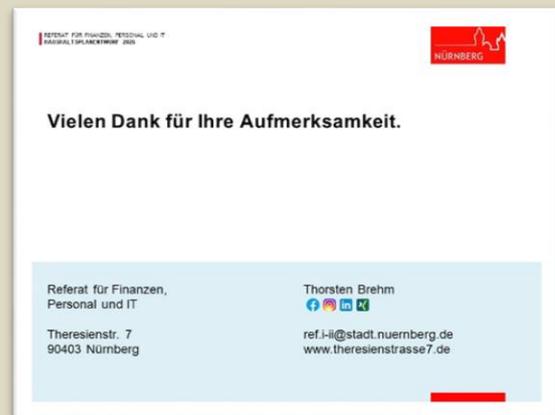
wir werden Ihnen in den nächsten Tagen den detaillierten Haushaltsplanentwurf übermitteln und dann liegt es an Ihnen, diesen zu diskutieren. Es gibt wie gesagt eine Warteliste an MIP-Projekten, von denen die meisten noch in den formalen „project freeze“ müssen. Über diese wird der nächste Ältestenrat und Finanzausschuss befinden. Dann gilt es zu klären, ob und wann diese Projekte in den MIP aufgenommen werden können.

Wir werden außerdem allen interessierten noch einmal eine kleine Informationsveranstaltung zum Aufbau des Haushalts anbieten, in der wir auch den neuen Planentwurf tiefgehend erklären und besprechen können. Für Rückfragen und Diskussionen stehe ich Ihnen wie immer gerne zur Verfügung. Aber erfolgreiche Beratungen werden das im November nur, wenn Sie sich wie im Vorjahr daran konstruktiv beteiligen und wir miteinander um einen möglichst großen Konsens ringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

abschließend möchte ich heute den Gesamtpersonalrat zitieren, der auf der Personalversammlung in Anlehnung an eine berühmte lokale Hymne anstimmte:

*Die Legende lebt, wenn auch die Zeit vergeht,
Unsre Stadt, die bleibt besteh'n
Die Legende lebt, wenn auch das Geld uns fehlt,
wenn wir alle stets zustammensteh'n.*



Mit diesem Appell bedanke ich mich für Ihr Aufmerksamkeit.

Nürnberg, 18. September 2024

gez. Thorsten Brehm

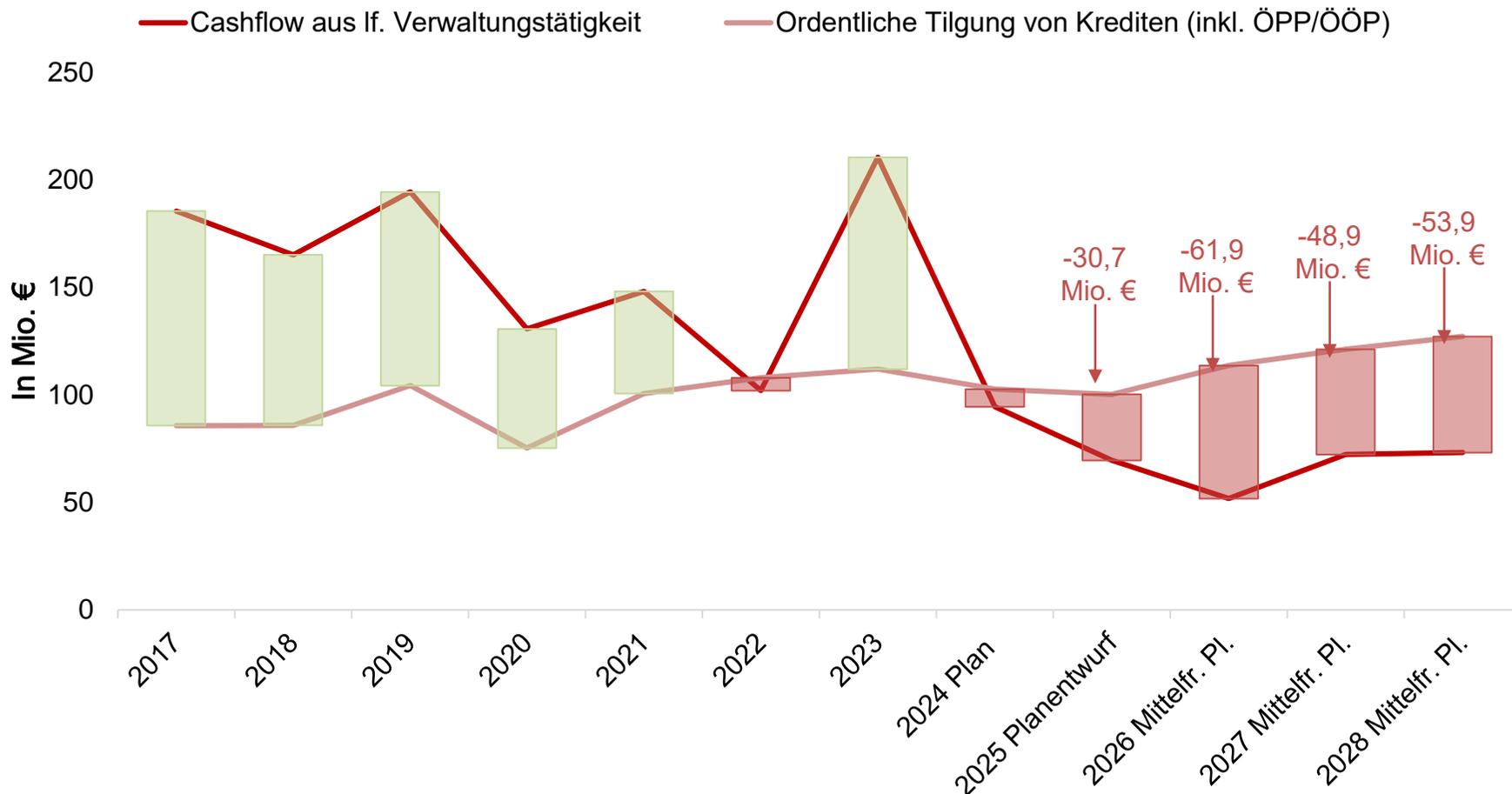
Referent für Finanzen, Personal und IT
Stadtkämmerer der Stadt Nürnberg



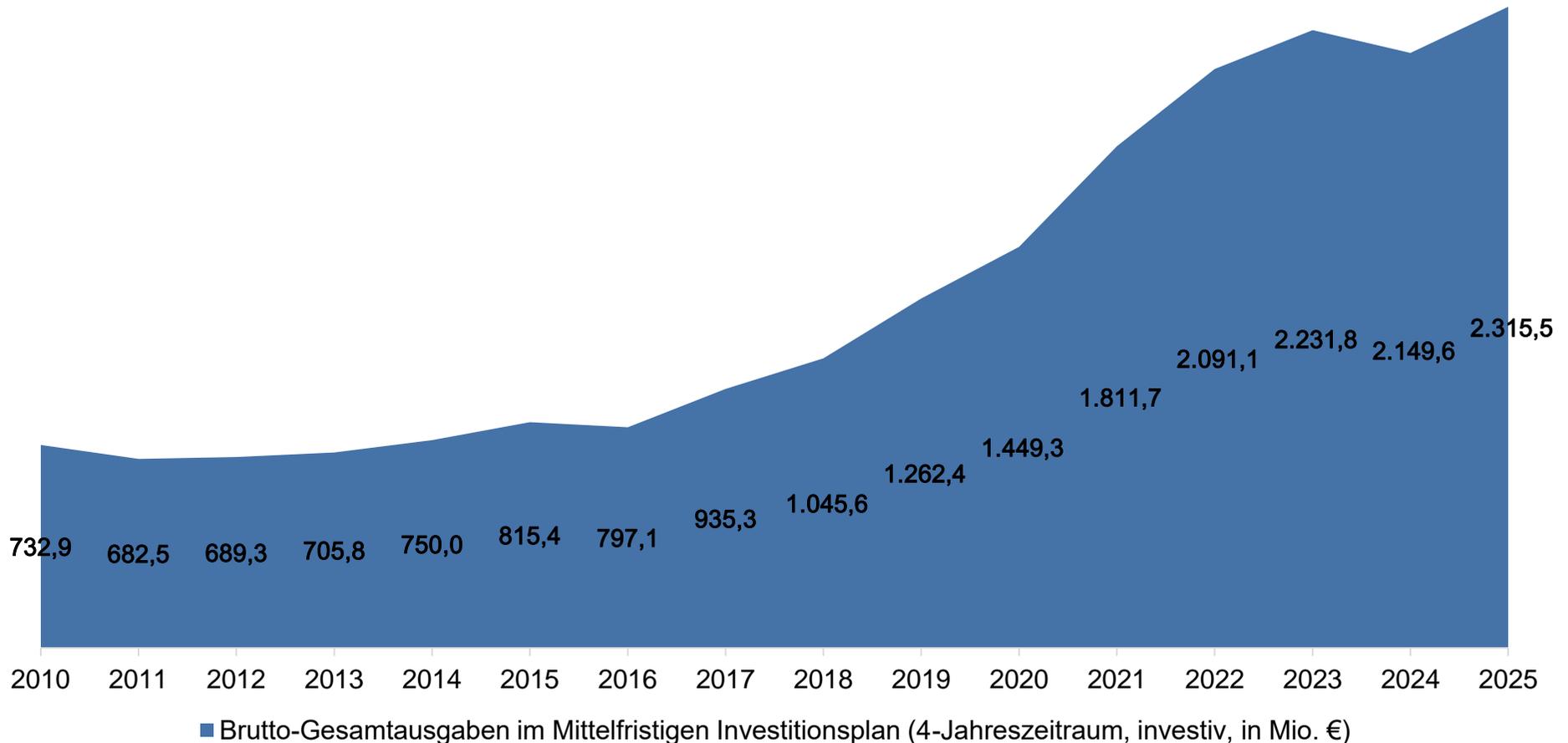
HAUSHALTSPLANENTWURF DER STADT NÜRNBERG FÜR DAS JAHR 2025



Problem I: Unsere dauerhafte Leistungsfähigkeit



Problem II: Unser zu hohes Investitionsvolumen



Ordentliche Erträge

2,5 Mrd. €

Haushaltsplanentwurf 2025

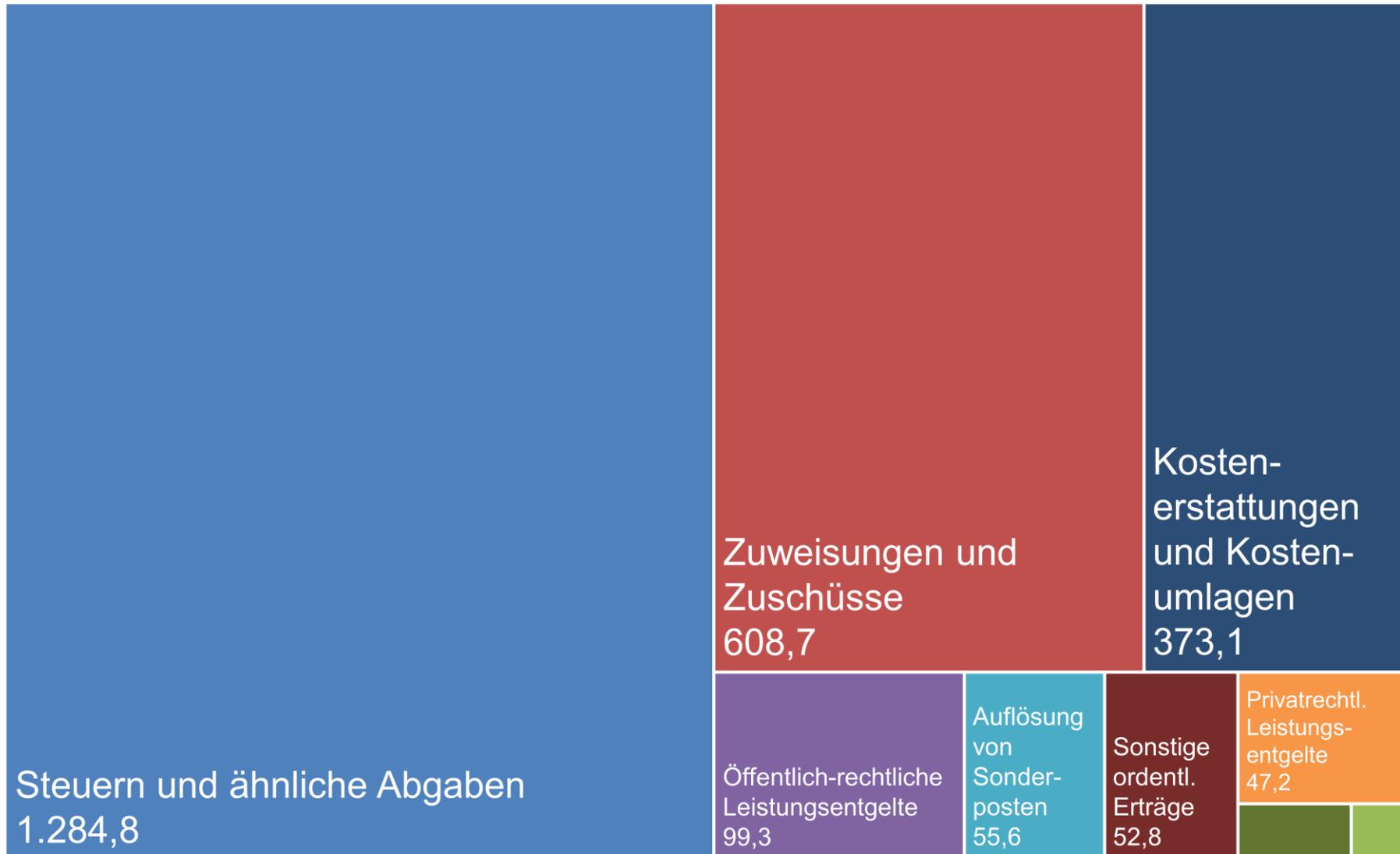
Die Erträge der Stadt wachsen v.a. durch
Steuereinnahmen weiter an.

+ 115,8 Mio. €

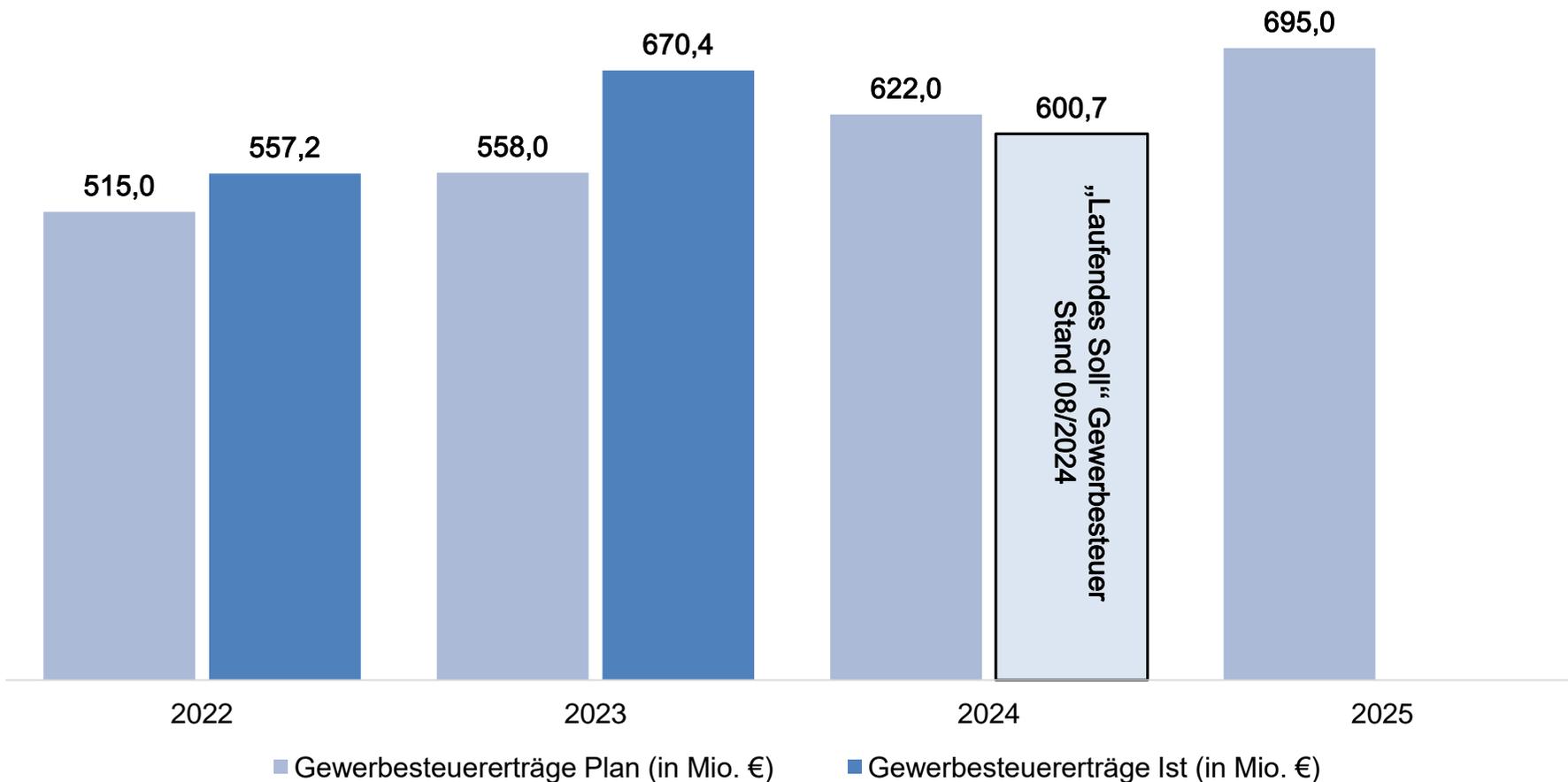
Haushaltsplanentwurf 2025

Zunahme um 4,8 %
zum Vorjahresplan 2024.

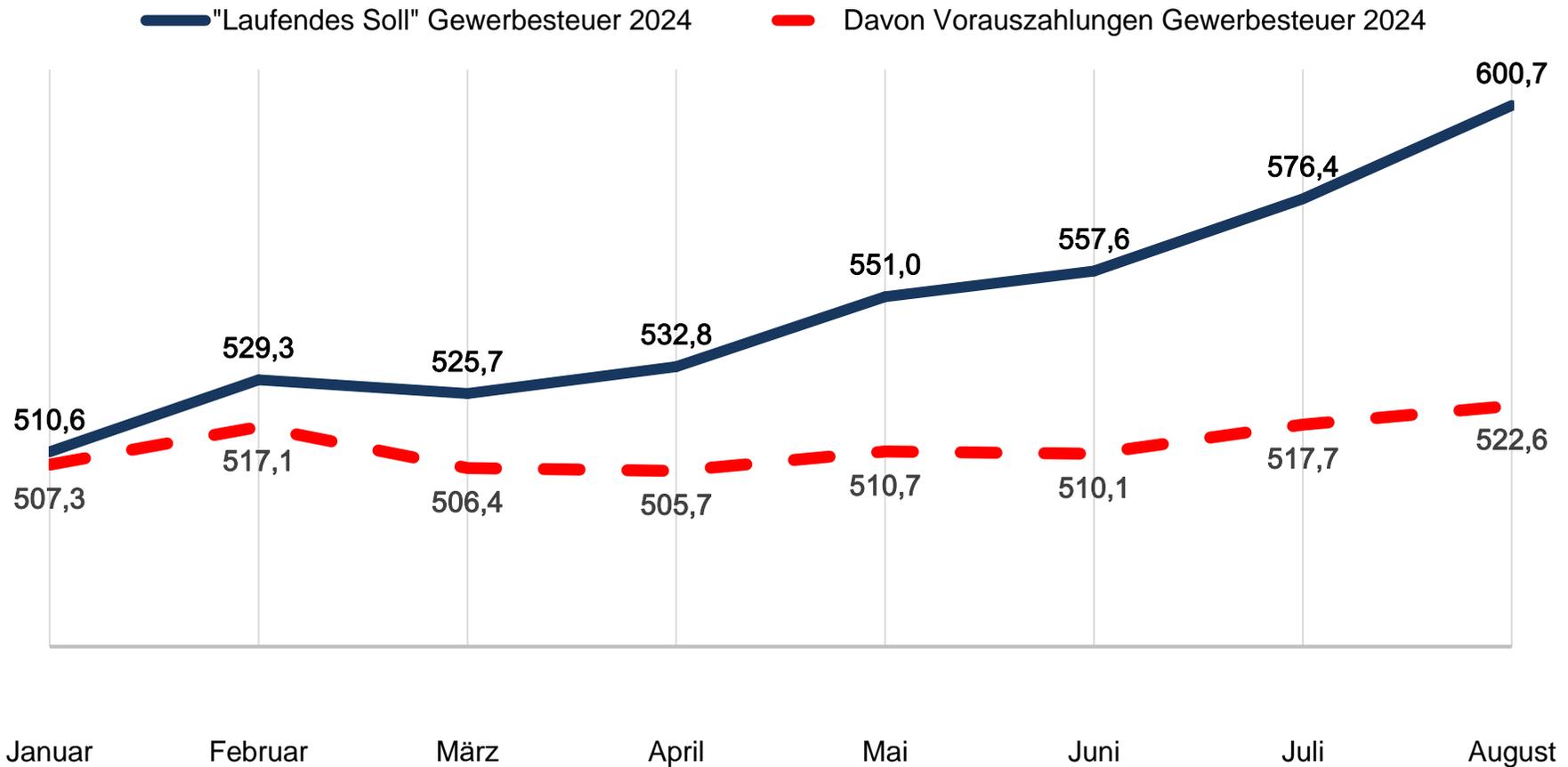
Prognostizierte Erträge 2025 (in Mio. €)



Entwicklung der Gewerbsteuererträge

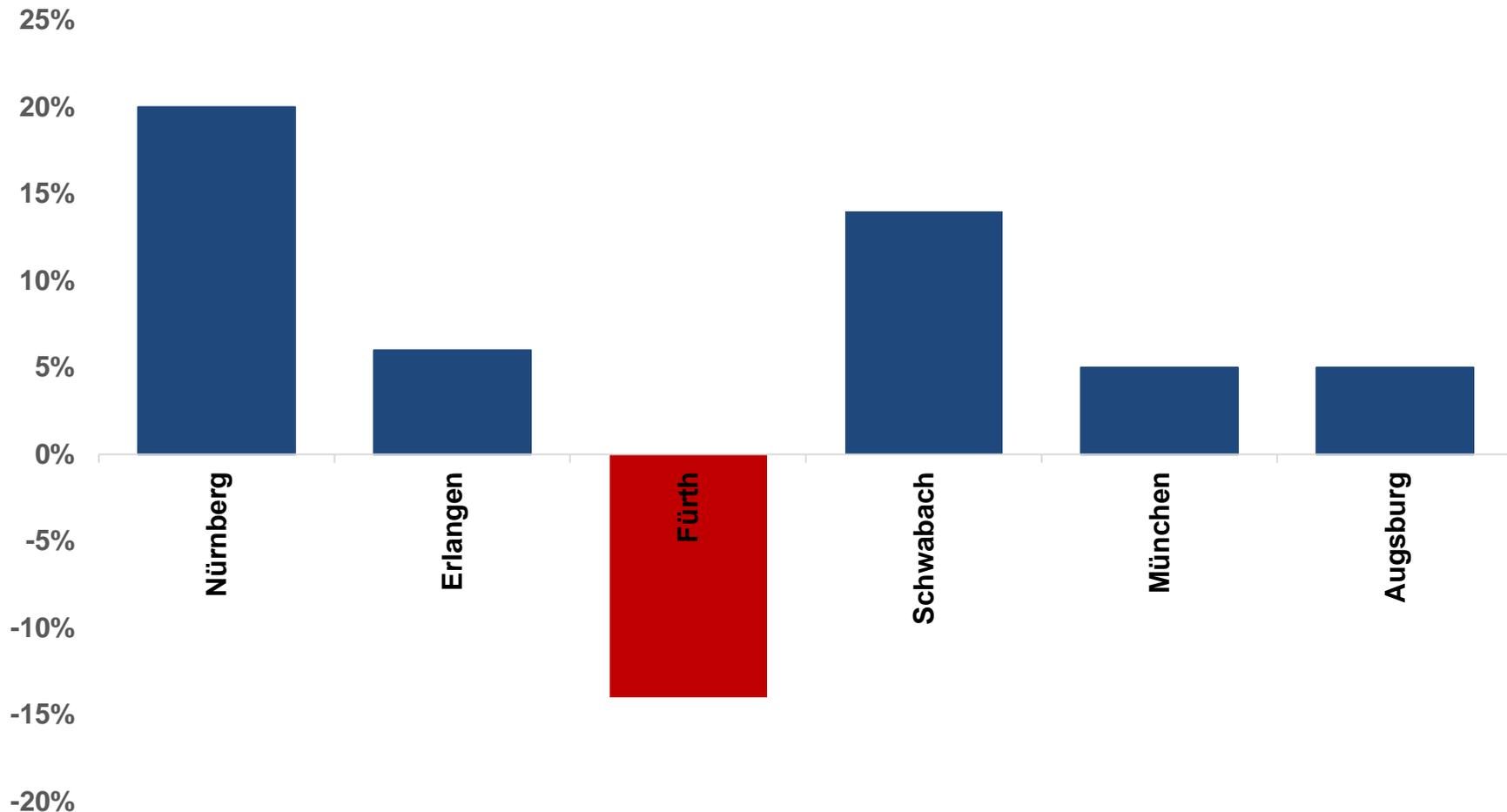


Aktuelle Entwicklung der Gewerbesteuer



Gewerbesteuer im Vergleich

Prozentuale Veränderung der Gewerbesteuer 2023 zum Vorjahr



Ordentliche Aufwendungen

2,6 Mrd. €

Haushaltsplanentwurf 2025

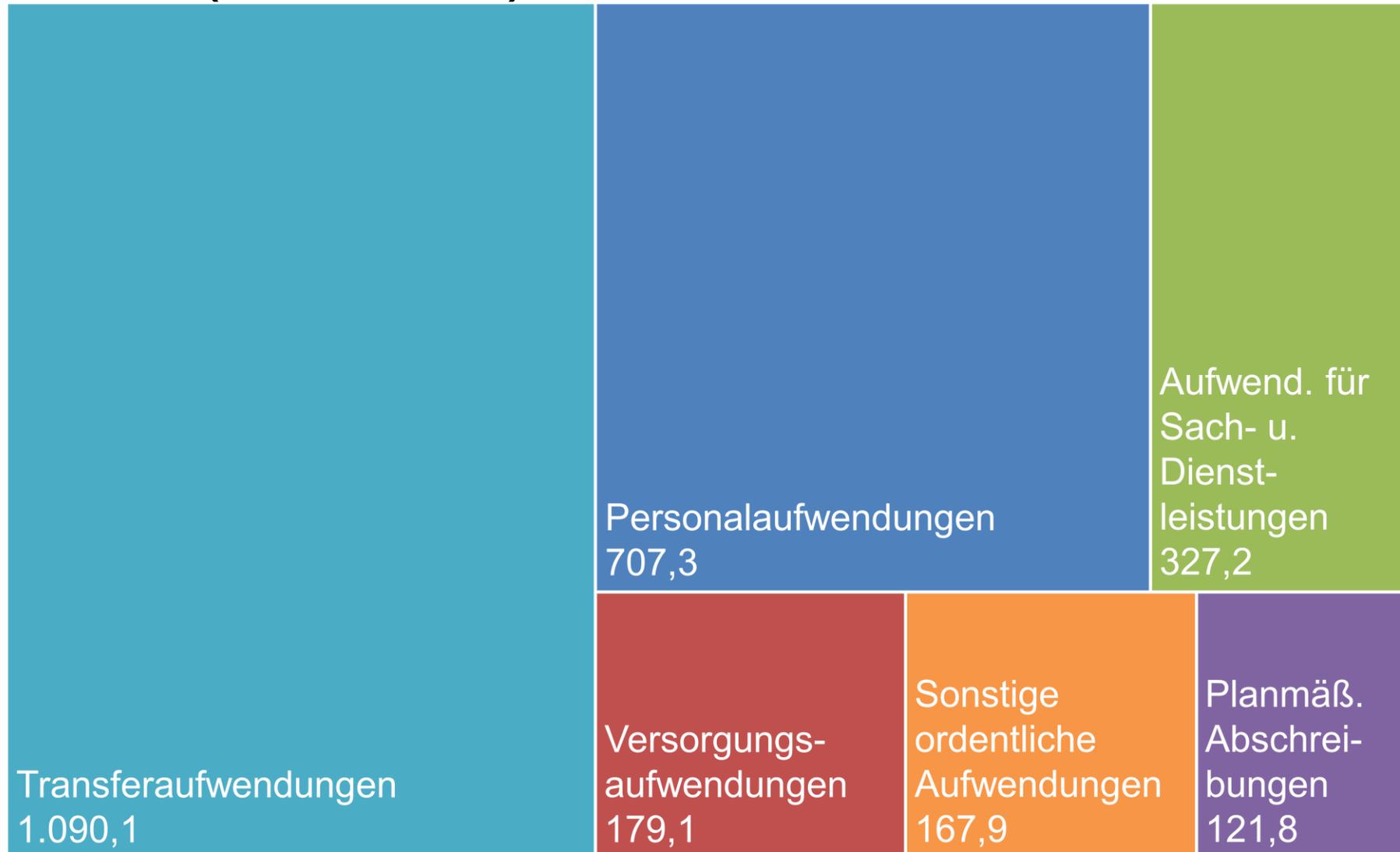
Die Aufwendungen der Stadt wachsen durch steigende Preise und Ausgabenmehrungen weiter an.

+ 140,9 Mio. €

Haushaltsplanentwurf 2025

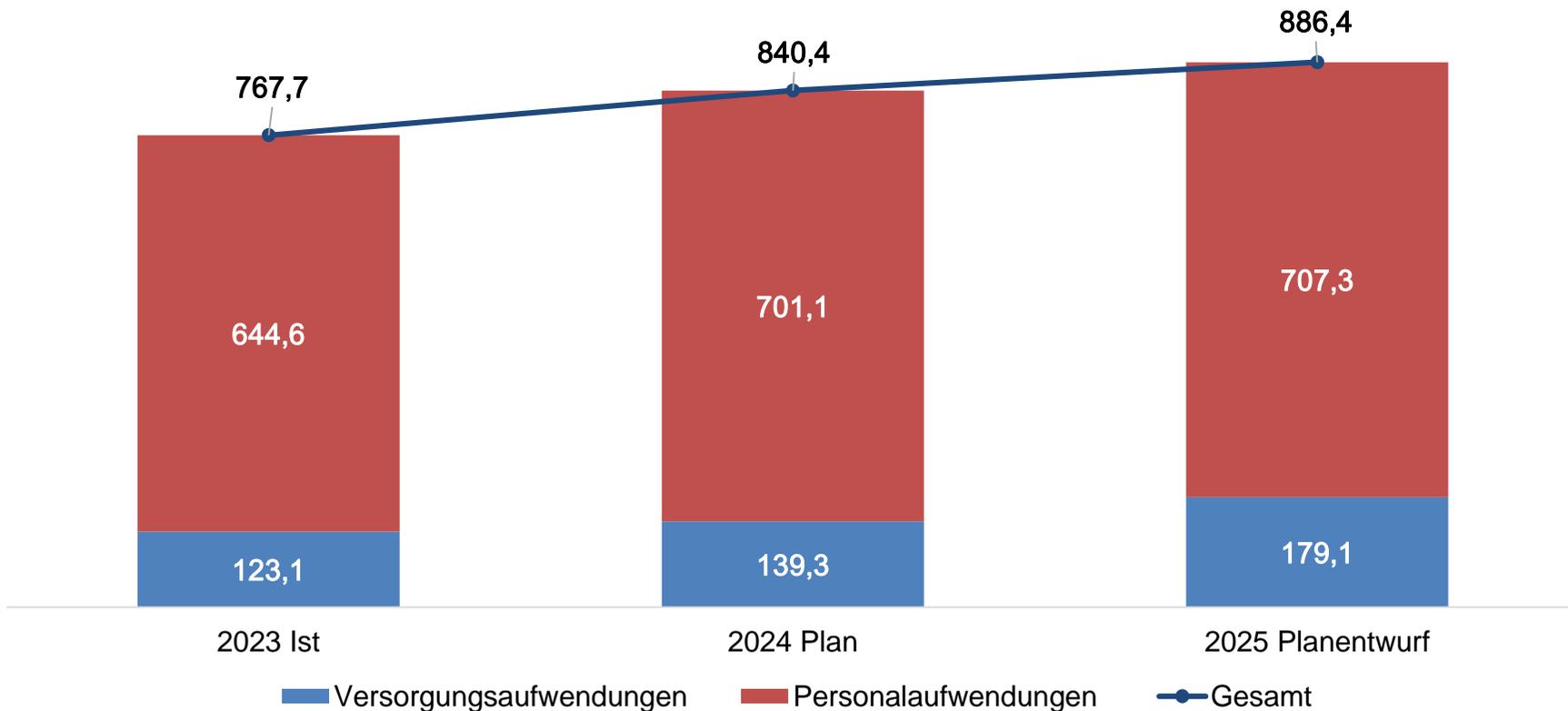
Zunahme um 5,7 %
zum Vorjahresplan.

Prognostizierte Aufwendungen 2025 (in Mio. €)

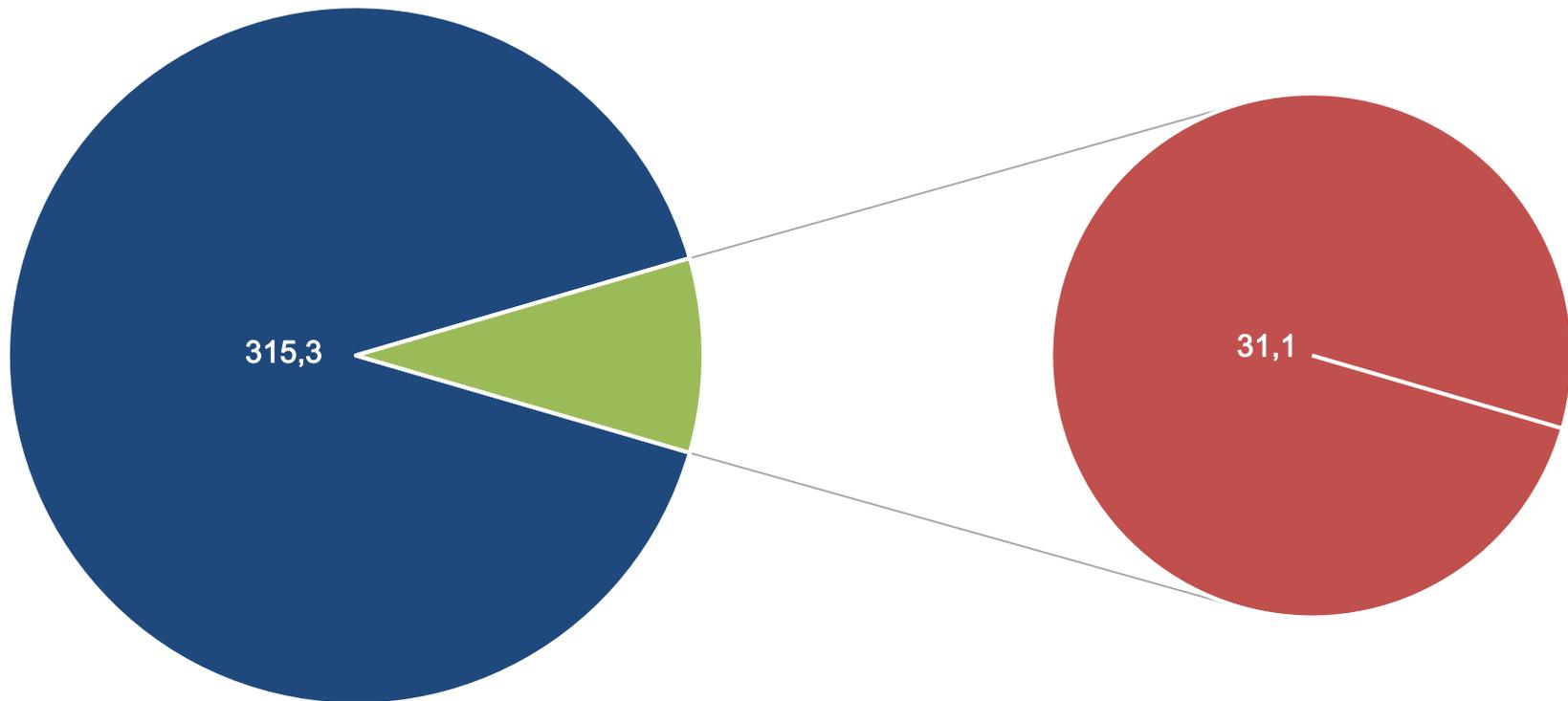


Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen

in Mio. €



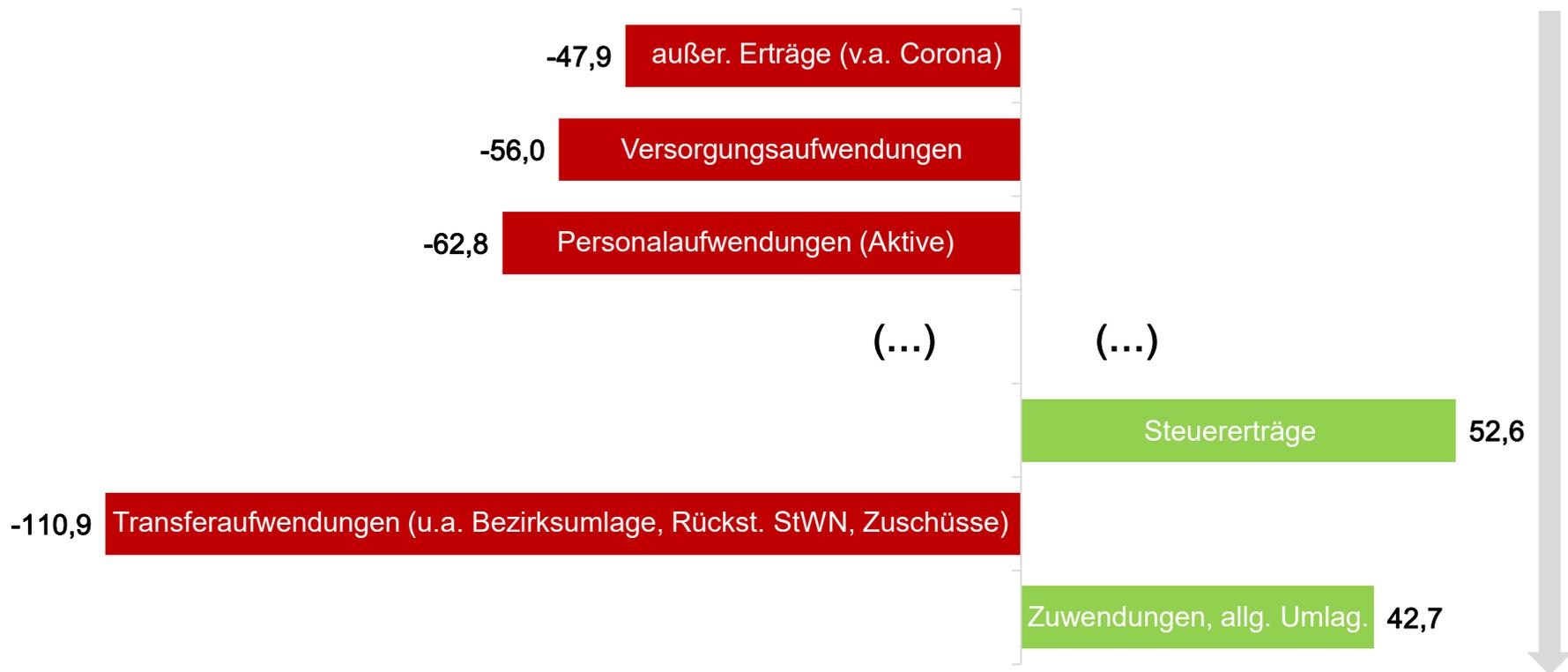
Planung der Zuschüsse und Zuweisungen 2025



- Zuweisungen Zuschüsse und Zuweisungen (Aufwendungen) in Mio. €
- Summe Art 5 Zuschüsse und Zuweisungen in Mio. €

Die Entwicklung vom guten Jahresergebnis 2023 bis heute

2023:
+ 123 Mio. € (Ist)



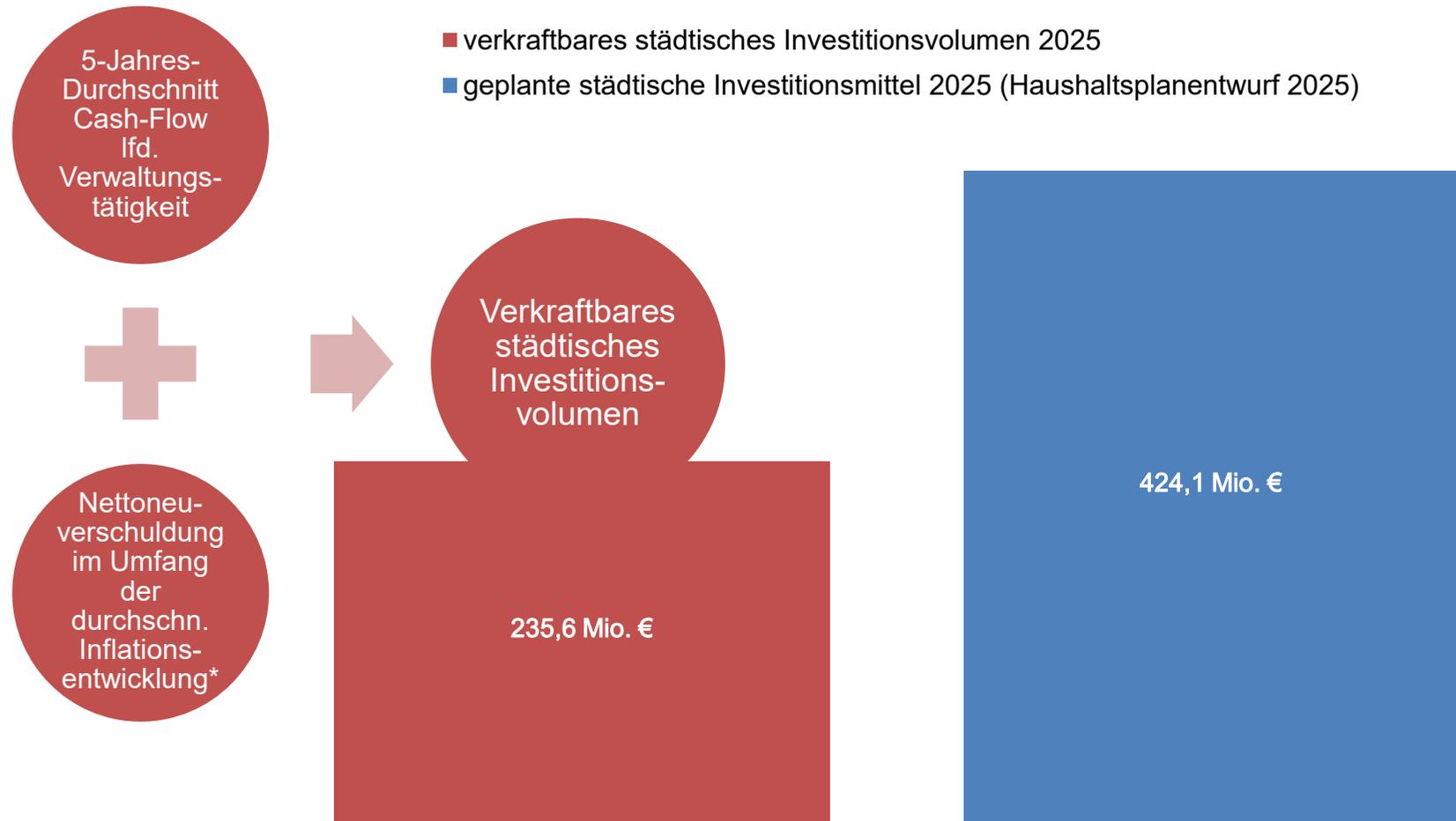
2025:
- 78,9 Mio. € (Plan)

Der mittelfristige Investitionsplan 2025-2028



<i>Nur investiv</i>	brutto in Mio. €	netto in Mio. €
Schulen (inkl. IT)	576,42	370,14
Kultur und Freizeit	407,83	149,52
Brücken	311,69	139,62
Straßenbau, Plätze	223,44	108,45
ÖPNV	171,65	98,72
Kinderbetreuung	122,24	51,07
Sonstige	118,89	31,97
Beteiligungen (z.B. wbg, Messe)	108,97	107,35
Grün- und Spielplätze	69,60	63,51
Feuerwehr	49,25	35,26
Allgemeiner Hochbau	44,36	43,05
Radwege	41,57	40,77
Verwaltungsgebäude	33,55	33,55
Sport	22,31	22,31
IT-Verwaltung	7,55	7,24
Wohnbau Bezuschussung	6,20	6,20
	2.315,5	1.308,7

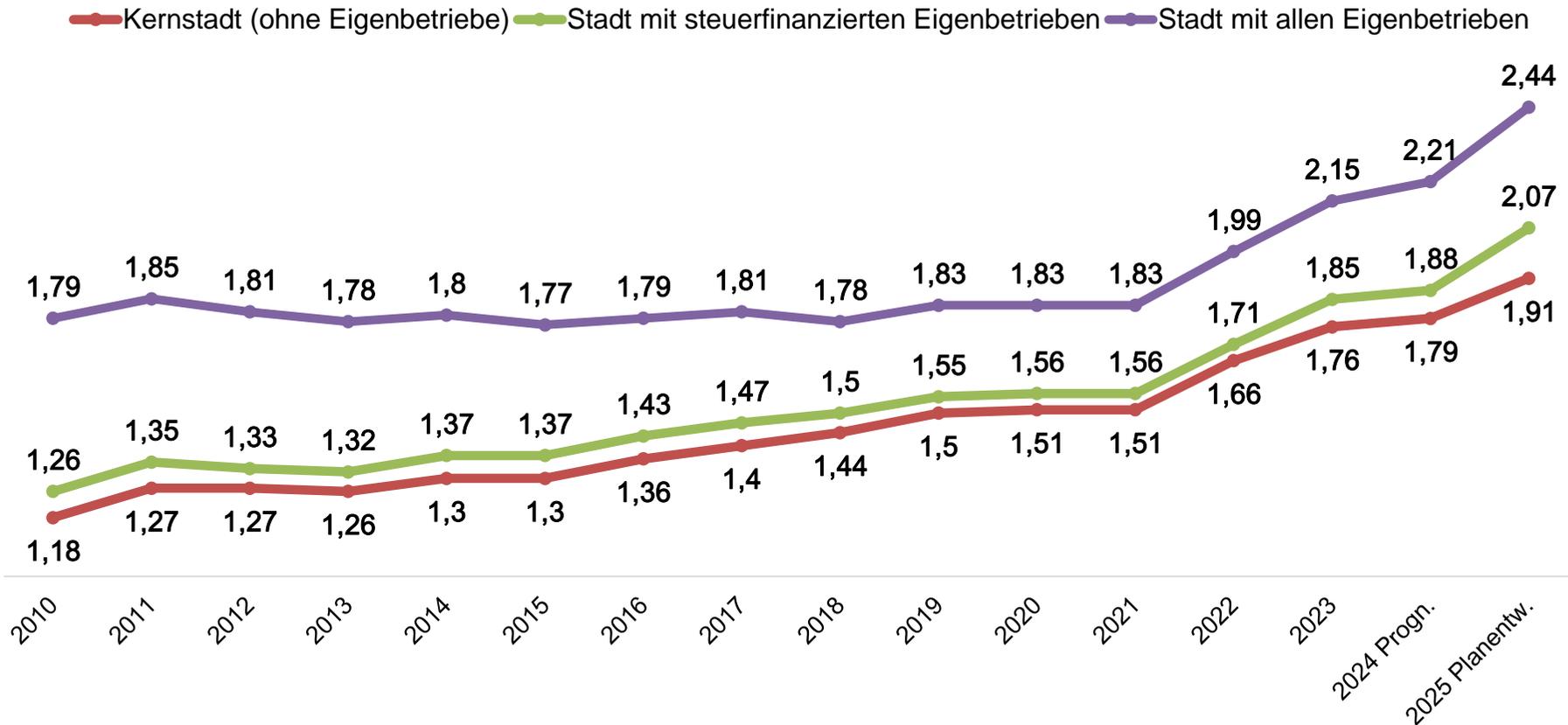
Was können wir uns rechnerisch an Investitionen leisten?



*Außerdem enthalten: Tilgungsleistungen ÖÖP/ÖPP u. Akt. Eigenleistungen/Bauzeitinsen

Weiterer Anstieg der städtischen Verschuldung

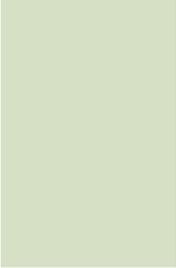
Schuldenstand (inkl. ÖPP/ÖÖP, in Mrd. €)



Beispiele für Projekte in der MIP-Warteschlange

Maßnahme
Straßenbahnverlängerung Brunecker Straße
Straßenbahnverlängerung Minervastraße
Neubau Integrierte Leitstelle
Generalsanierung Ludwig-Uhland-Schule
BBZ-Sporthallen
Umgestaltung Breite Gasse
Steubenbrücke
diverse Kitas
diverse Grünflächen

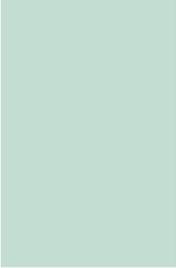
FORDERUNGEN:



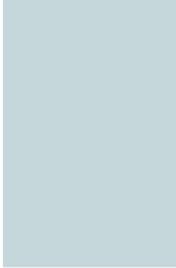
Höhere
Grundfinanzierung



Einmalige
Altschuldenhilfe



Konsolidierung von
Förderprogrammen



Transformations-
finanzierung: Kapital
für die Stadtwerke



Reform der
Schuldenbremse



Erstattung
Lehrerpersonalkosten

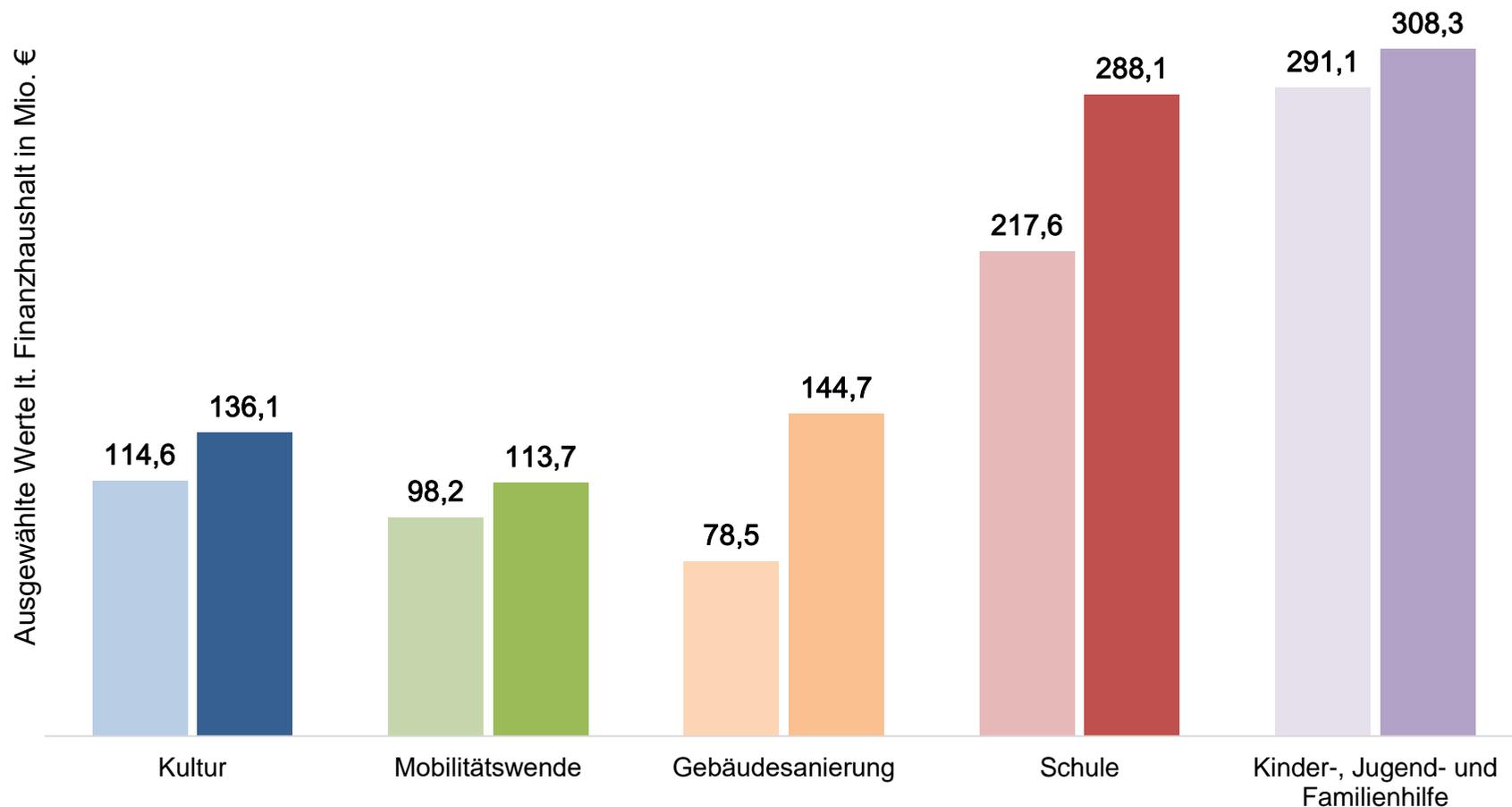
Mittelfristige Haushaltskennzahlen in Mio. €

	2025	2026	2027	2028
Jahresüberschuss / - Fehlbetrag (-)	-78,9	-87,5	-87,9	-91,4
Saldo laufende Verwaltungstätigkeit (Finanzhaushalt)	69,5	51,8	72,3	73,2
Dauerhafte Leistungsfähigkeit*	-30,7	-61,9	-48,9	-53,9
Nettoneu- verschuldung	99,8	221,4	223,8	117,9

* Differenz Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit und Tilgung von Krediten und kreditähnlicher Rechtsgeschäfte

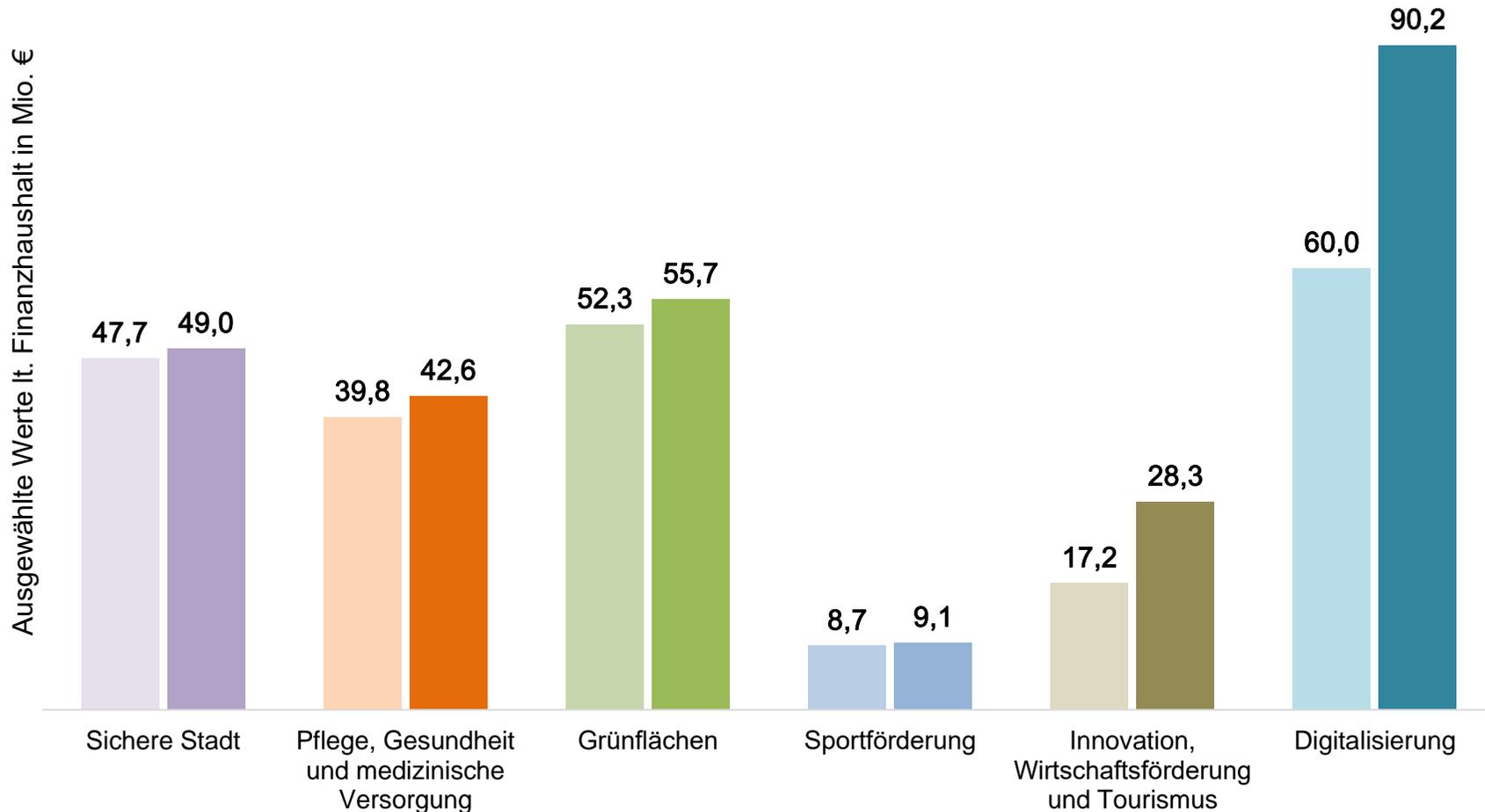


Unsere Zukunftsthemen im Haushalt 2024 und 2025





Unsere Zukunftsthemen im Haushalt 2024 und 2025



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Referat für Finanzen,
Personal und IT

Theresienstr. 7
90403 Nürnberg

Thorsten Brehm



ref.i-ii@stadt.nuernberg.de
www.theresienstrasse7.de